

Der Bundesminister des Innern
D II 4 — 221 480/7

Bonn, den 16. April 1969

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: **Benachteiligung der Pensionäre**

Bezug: **Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Miessner, Dorn, Ertl, Dr. Emde, Sander, Graaff, Dr. Mühlhan und Genossen**
— Drucksache V/3993 —

Die Kleine Anfrage beantworte ich wie folgt:

1. Wie verteilen sich in den Jahren 1967 und 1968 die Pensionierungen der Beamten
 - a) bei der Zollverwaltung,
 - b) bei der Deutschen Bundesbahn,
 - c) bei der Deutschen Bundespostin den vier Laufbahngruppen prozentual auf die Eingangsgruppen, die ersten, zweiten und dritten Beförderungsgruppen sowie die Spitzengruppen?

Die Verteilung der Pensionierungen auf die einzelnen Gruppen in den Jahren 1967 und 1968 geht aus den nachfolgenden Übersichten hervor:

		Prozentsätze für					
		Finanzverwaltung		Deutsche Bundesbahn		Deutsche Bundespost	
Laufbahnen	Bes.-Gruppe	1967	1968	1967	1968	1967	1968
Einfacher Dienst	A 1	3,7	—	vgl. nachstehende Übersicht			
	A 2	—	—				
	A 3	14,8	4,1				
	A 4	81,5	70,9				
	A 5	—	25,0				
Mittlerer Dienst	A 5	0,1	0,5	1,4	3,6	2,6	1,6
	A 6	6,0	2,3	17,9	20,0	13,8	14,1
	A 7	41,3	34,0	44,6	43,3	28,5	26,6
	A 8	51,3	43,5	35,8	29,5	54,1	38,5
	A 9	1,3	19,7	0,3	3,6	1,0	19,2

		Prozentsätze für					
		Finanz- ver- waltung		Deutsche Bundes- bahn		Deutsche Bundes- post	
		1967	1968	1967	1968	1967	1968
Laufbahnen	Bes.- Gruppe						
Gehobener Dienst	A 9	2,0	4,1	5,7	1,8	3,0	1,6
	A 10	43,6	28,5	57,1	52,6	40,1	33,2
	A 11	30,2	40,8	23,7	27,1	30,2	30,3
	A 12	23,8	19,7	13,5	14,9	26,2	18,9
	A 13	0,4	6,9	—	3,5	0,5	16,0
Höherer Dienst	A 13	20,4	31,4	7,8	1,3	—	—
	A 14	34,8	31,4	52,2	32,9	39,5	17,6
	A 15	22,4	18,6	24,4	42,1	23,3	36,8
	A 16	22,4	15,7	10,0	10,5	14,0	14,0
	Bes.- Ordg. B	—	2,9	5,6	13,2	23,2	31,6

		Prozentsätze für							
		Deutsche Bundesbahn				Deutsche Bundespost			
		Betriebs- aufseher- Laufbahn	B-Schaffner- Laufbahn	1967)	1968)	Post- schaffner- Laufbahn	Laufbahn der Post- und Fern- meldewarte	1967	1968
	Bes.- Gruppe	1967	1968			1967	1968	1967	1968
Einfacher Dienst	A 2	2,7	1,6	2,1	1,4	1,7	1,1	—	—
	A 3	60,0	57,2	43,5	85,7	17,4	13,5	8,2	6,2
	A 4	13,3	7,5	—	9,0	80,5	65,2	90,3	52,4
	A 5	11,5	15,4	10,6	3,9	0,4	20,2	1,5	41,4
	A 6	12,5	18,3	43,8	—	—	—	—	—

Fußnoten:

*) Einschließlich Zugführerlaufbahn

**) Zugführerlaufbahn bei mittlerem Dienst ausgewiesen

- Wie steht die Bundesregierung zu dem Gedanken einer generellen „Stellenplan-Anpassungszulage“ für die Altpensionäre?
- Sieht die Bundesregierung sonstige Möglichkeiten für einen Ausgleich zum Abbau des erwähnten zusätzlichen Besoldungsrückstandes der Altpensionäre?
- Hält es die Bundesregierung für möglich, mit dem Abbau des zusätzlichen Besoldungsrückstandes der beamtenrechtlichen Versorgungsbezüge mit Wirkung vom 1. Januar 1970 ab zu beginnen?

Der Deutsche Bundestag hat bei Verabschiedung des Zweiten Besoldungsneuregelungsgesetzes am 28. Februar 1969 die Bundesregierung ersucht, die Frage der Teilnahme der Versorgungsempfänger an den besoldungsrechtlichen Strukturverbesserungen über die bisherigen Verbesserungen hinaus weiter zu verfolgen.

Nachdem das Vierte Besoldungsänderungsgesetz vom 19. Juli 1968 (BGBl. I S. 843) für die aus dem Eingangsamt ihrer Laufbahngruppe in den Ruhestand getretenen Versorgungsempfänger mit Wirkung vom 1. Oktober 1968 die Versorgung aus dem ersten Beförderungssamt gebracht hat, und das Zweite Besoldungsneuregelungsgesetz die vollständige Überleitung der Versorgungsempfänger in die Besoldungsordnungen des Bundesbesoldungsgesetzes (Inkrafttreten: 1. Oktober 1968) sowie die Teilnahme der Versorgungsempfänger an den besoldungsrechtlichen Strukturverbesserungen unter Wegfall von Anfangsstichtagen nach dem Stande vom Ende des Jahres 1969 (Inkrafttreten: 1. Januar 1970) vorsieht, bezieht sich die EntschlieÙung vom 28. Februar 1969 auf das in der Kleinen Anfrage angesprochene Problem der Teilnahme der Versorgungsempfänger an den durch die Verbesserung der Stellenpläne und der Beförderungsverhältnisse in den letzten Jahren eingetretenen Vergünstigungen.

Die Vorarbeiten zur Durchführung des Ersuchens sind eingeleitet. In die Prüfung ist auch der schon bei den parlamentarischen Beratungen des Zweiten Besoldungsneuregelungsgesetzes erörterte Vorschlag einer „Stellenplananpassungszulage“ einschließlich der Frage des Inkrafttretens einbezogen. Mit Rücksicht auf die durch Artikel VIII dieses Gesetzes erstrebte Harmonisierung der Bundes- und Länderregelungen kann die Prüfung nur gemeinsam mit den Ländern erfolgen.

Im Hinblick hierauf und auf die Tatsache, daß seit der Verabschiedung der EntschlieÙung vom 28. Februar 1969 erst wenige Wochen zur Verfügung standen, kann die Bundesregierung noch keine konkreten Angaben über das Ergebnis der Prüfung machen.

In Vertretung

Gumbel